



EPP-ED



Europ^aktuell

Unsere Region in Europa



Europa der Bürger

★★★★ **Europaabgeordneter Hans-Peter Mayer informiert** ★★★★★

Liebe Europäerinnen und Europäer,



das neue Jahr ist angebrochen, und ich wünsche Ihnen allen von ganzem Herzen ein erfolgreiches, gesundes und zufriedenes 2007!

Wie jeder von uns steht auch die Europäische Union nicht nur vor neuen Aufgaben, sondern vielmehr vor großen Möglichkeiten. Ich möchte daher die Gelegenheit des "Neustarts" nutzen, um Ihnen auf diesem Wege einen Rückblick auf das vergangene Jahr, aber auch einen Ausblick auf das kommende zu geben. Der Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union, die Einführung des Euro in Slowenien, die Ernennung des Irischen zur offiziellen Amtssprache, dies alles sind Veränderungen, die besonders ins Auge stechen. Doch beim genauen Hinsehen zeigen sich nicht nur ständiger Wandel, sondern auch Kontinuität: So feiern wir in diesem Jahr beispielsweise das 50jährige Bestehen der Römischen Verträge, einer der Grundfesten der Europäischen Gemeinschaft und damit des europäischen Friedens. Mein Bericht über ein Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen, an dem ich bereits seit eineinhalb Jahren arbeite, wurde im Dezember im Plenum in Strassburg angenommen. Das Verfahren wird bis Anfang 2009 umgesetzt sein.

Ich möchte Sie darum ermutigen, ein aktiver Teil unseres Europas zu sein. Ich für meinen Teil werde auch in diesem Jahr erneut mein Bestes tun, um Ihre Stimme in Europa zu sein.

Ihr

Hans-Peter Mayer



An labhrann tú Gaelige?

Diese Frage - "Sprechen Sie Gälisch?" - beherrscht derzeit die Dolmetscher der EU, denn nach Verordnung des Ministerrats vom 14. Juni 2005 ist Irisch seit dem 1.1.2007 eine offizielle Amtssprache der Europäischen Union.

Die Grundlage der Sprachpolitik der EU bildet die allererste Verordnung der EWG aus dem Jahre 1958, in der steht: "Die Regelung der Sprachenfrage für die Organe der Gemeinschaft wird unbeschadet der Verfahrensordnung des Gerichtshofs vom Rat einstimmig getroffen." Damit haben die Minister der Mitgliedsstaaten beschlossen, dass Irisch (Gaeilge) nach Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch,

Portugiesisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch die 21. Amtssprache der Europäischen Union ist.



Das Wappen der Republik Irland: die Harfe auf blauem Grund

Für die Umsetzung der Verordnung müssen schätzungsweise 29 neue Stellen für Übersetzer und Hilfspersonal geschaffen werden. Die irische Regierung hat sich verpflichtet, die Aus-

bildung des neuen Personals zu übernehmen, sowohl in fachlicher als auch in finanzieller Hinsicht. Die irische Sprache (irisch: Gaeilge) ist Amtssprache in Irland und Nordirland und wird zudem vereinzelt von Emigranten bzw. deren Nachfahren in den USA, Kanada, Australien und Brasilien gesprochen. Nach Schätzungen benutzen rund 70.000 Menschen Gälisch als Erstsprache, also im täglichen Gebrauch, ca. 1,6 Millionen Menschen sprechen es als Zweitsprache.

Aus praktischen Gründen werden von nun an zunächst nur Verfahren der Mitentscheidung ins Irische übersetzt. Für alle anderen Rechtsakte gilt eine Übergangsfrist von fünf Jahren, in der Zeit für die Ausbildung des benötigten Personals bleibt. Spätestens dann wird es so einige geben, die auf die Frage "Sprechen Sie Gälisch?" antworten werden: "Aber sicher. Sie etwa nicht?".

EIN RÜCKBLICK IN ZAHLEN

2006 war ein ereignisreiches, aber auch ein erfolgreiches Jahr. Neben der Arbeit in Ausschüssen, Arbeitskreisen, Fraktion und im Wahlkreis habe ich auch viele Rückfragen von Ihnen bekommen. Für Ihr Interesse an Europa im Allgemeinen und meine Arbeit im Speziellen möchte ich mich sehr herzlich bedanken. So hatten wir im vergangenen Jahr:

11 PraktikantInnen in meinem Büro in Brüssel

30 Besuchergruppen in Brüssel und Straßburg, die ich persönlich empfangen habe

4 Anfragen (3 schriftliche und 1 mündliche) **an die Kommission** zur Klärung offener Fragen

71 Reden und Ansprachen

118 Termine im Wahlkreis

32 Serienbriefe und

198 Bürgeranfragen zu europapolitischen Themen

15 Pressemitteilungen zu verschiedenen europapolitischen Themen

12 Ausgaben meines Newsletters "**Strassburg Aktuell**" sowie **2 Ausgaben** meines Newsletters "**Europaktuell**"

3 Berichte, 2 Stellungnahmen und **6 Schattenberichte**



Deutsche Ratspräsidentschaft 2007

Der Rat der Europäischen Union, auch Rat oder Ministerrat genannt, ist eines der wichtigsten Organe der EU. Er setzt sich aus den jeweiligen Fachministern der Mitgliedstaaten zusammen und nimmt zusammen mit dem Europäischen Parlament die Gesetzgebungsvollmachten der EU wahr.

Der Vorsitz im Ministerrat, die so genannte Ratspräsidentschaft, rotiert halbjährlich unter den Mitgliedstaaten. Die momentane Rotation basiert auf einem Entschluss des Rates vom 12. Dezember 2005. Seit dem 1.1.2007 obliegt Deutschland der Vorsitz, ihm folgen Portugal und Slowenien.

Diese drei Staaten haben ein gemeinsames Programm erarbeitet, das so genannte "Achtzehnmonatsprogramm". Durch die Absprache mit den nachfolgenden Präsidentschaften und die enge Zusammenarbeit sowohl untereinander als auch mit dem Sekretariat des Rates und der Kommission soll vor allem für Kontinuität und Nachhaltigkeit über die halbjährliche Präsidentschaft der einzelnen Staaten hinaus sorgen. Das Programm besteht im Wesentlichen aus drei Teilen: Strategischer Rahmen, Prioritäten und Programm. Die Schwerpunkte lauten im Einzelnen:

Zukunft der Union: Hier steht vor allem die vorerst an dem Votum von Frankreich und den Niederlanden gescheiterte Europäische Verfassung im Vordergrund. Es soll einen Bericht zum aktuellen Stand der Diskussion geben, der wiederum als Grundlage für den künftigen Reformprozess

dienen wird.

Umfassende Umsetzung der Lissabon-Strategie: Dies betrifft verschieden Aspekte im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kontext. Zu nennen wären die Vervollendung des Binnenmarktes (u.a. im Bereich Post- und Finanzdienstleistung), Verbesserung der externen Wettbewerbsfähigkeit, die Weiterentwicklung des Europäischen Sozialmodells, die Überprüfung der Europäischen Beschäftigungsstrategie, die Bemühung um bessere Rechtssetzung und Abbau der Bürokratie, die Sicherstellung der Energieversorgung (vor allem in Bezug auf Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit), Förderung von Forschung, Wissen und Innovation und nicht zuletzt Umweltschutz (besonders Klimaschutz und Biodiversität).

Stärkung des Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts: Betrifft vor allem Asyl- und Einwanderungspolitik, Schutz der Außengrenzen und verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Justiz.

Stärkung des Außenhandels: Das "Achtzehnmonatsprogramm" zielt auf die Sicherung und Ausweitung des Europäischen Raums der Sicherheit und Stabilität, die Fortentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Stärkung der transatlantischen Beziehungen sowie den Ausbau strategischer Partnerschaften ab.



Das Justus-Lipsius-Gebäude in Brüssel, besser bekannt als der Sitz des Ministerrates der Europäischen Union.



EUROPA-MAYER Ihre Stimme in Brüssel

Als Ihr Europa-Abgeordneter bin ich **Ihre Stimme in Europa**. Leider ist von außen nicht immer ersichtlich, was genau ich in Brüssel für Sie tue. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, Ihnen eine kurze und knappe Einführung in meine Hauptaufgabengebiete zu geben.

Das Europäische Parlament (EP) hat drei wesentliche Aufgaben: es teilt sich die Gesetzgebungsfunktion mit dem Rat, übt die Kontrolle über die Kommission aus und entscheidet gemeinsam mit dem Rat über den Haushaltsentwurf der **Kommissionen** aber 732 Abgeordnete aus 25 Mitgliedsstaaten nicht an jeder Beschlussfindung von Anfang bis Ende beteiligt sein, da dies weder organisatorisch noch fachlich sinnvoll wäre. Die Abgeordneten "spezialisieren" sich daher, und als solche "Experten" erarbeiten sie in Ausschüssen und Arbeitsgruppen Positionen zu Gesetzesvorhaben, die dann im Plenum abgestimmt werden. Das System ist also vergleichbar mit dem des Deutschen Bundestages, hat aber einen entscheidenden Unterschied: In Europa gilt es, die Positionen verschiedener Mitgliedstaaten unter einen Hut zu bringen. Wenn Sie sich überlegen, wie schwierig es manchmal ist, allen regionalen und föderalen Stimmen gerecht zu werden, so können Sie sich vorstellen, wie schwer ein derartiges Unternehmen auf europäischer Ebene ist. Als Jurist und Abgeordneter aus Niedersachsen bin ich für Sie im **Rechtsausschuss (JURI)** und

stellvertretend im **Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)** tätig. Darüber hinaus arbeite ich natürlich in Abstimmung mit meiner Fraktion, der Europäischen Volkspartei (EVP), und der deutschen Gruppe in der EVP, also den deutschen Abgeordneten der CDU/ CSU. Die EU beschäftigt sich aber nicht nur mit Themen im Rahmen ihrer Mitgliedstaaten, sondern schaut auch über den Tellerrand hinaus. Dazu gehören politische Beziehungen in allen Themenbereichen zu allen Ländern der Welt. Daher unterhalten wir zahlreiche **Delegationen**, die den Informationsfluss zwischen Brüssel und den nationalen Parlamenten gewährleisten. Ich selbst bin Mitglied in der FYROM-Delegation für Mazedonien und außerdem Mitglied der Paritätisch-Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, eine Versammlung, in der Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Parlamentarier aus 79 Ländern Afrikas sowie des pazifischen und karibischen Raums zusammenkommen. Einmal im Monat tagt das EP in **Straßburg**. Es verabschiedet dort die Gesetze, die in den vorgehenden Monaten und Jahren in Brüssel in **Ausschüssen, Arbeitskreisen, Fraktionen und Gesprächen** mit Kommission und Ministerrat auf Vorschlag von Kommission und Ministerrat erarbeitet wurden. Ich selbst habe soeben meinen Bericht zum europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen erfolgreich dem Plenum zur Abstimmung gestellt (siehe Artikel nächste Seite).

Daneben habe ich in diesem Jahr noch an verschiedenen anderen Themen gearbeitet: In diesem Jahr wurde mein Bericht zu den Modalitäten für die Ausübung von der Kommission übertragenen

Durchführungsbestimmungen ebenso erfolgreich abgeschlossen wie meine Berichte zum Beitritt der EG zur Genfer Akte bezüglich der internationalen Eintragung von Mustern und Modellen. Ich habe außerdem im AGRI am Verordnungsvorschlag über die Inanspruchnahme der Regelung des aktiven Veredelungsverkehrs für die Verwaltung bestimmter Agrarmärkte gearbeitet. In der AKP-EU Versammlung wurde über meinen gemeinsamen Bericht zum Thema "Auswirkungen des

Fremdenverkehrs" positiv abgestimmt. In diesem Jahr stehen zunächst die Abschlüsse der Berichte
a) zum öffentlichen Vergaberecht
b) zu strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums und
c) zur kollektiven Wahrnehmung von Online-Musikrechten an. Neben diesen Aufgaben im Rahmen der europäischen Gesetzgebung bearbeite ich zusammen mit meinem Team in Brüssel auch eine Vielzahl von Ihren Anfragen zu unterschiedlichen europäischen Themen.

Weitere Informationen finden Sie auf meiner Homepage unter www.europa-mayer.de, darunter auch einige Fotos sowie nützliche Tipps und Pressemitteilungen zu aktuellen europapolitischen Themen.



Der Euro rollt auch in Slowenien

Seit dem 1.1.2007 ist nun auch Slowenien Mitglied der so genannten "Euro-Zone", also ein Mitgliedstaat, in dem der Euro offizielle Währung ist.

Während alle Mitgliedstaaten Teil der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion EWWU sind, haben derzeit nur Deutschland, Frankreich, die BeNeLux-Staaten, Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, Finnland, Irland und Finnland den Euro eingeführt.

Die Aufnahme in die Euro-Zone ist an bestimmte Bedingungen geknüpft, die sich auf Preisstabil-

tät, Wechselkurs, Finanzlage der öffentlichen Hand (d.h. die Schuldenlast) und langfristige Zinssätze beziehen.



Jeder Mitgliedstaat hat in der Gestaltung der Rückseite der Euro-Münzen freie Hand. Die Wahl der Motive fällt meist auf landestypische Symbole oder Portraits

von Menschen, die sich um das betreffende Land verdient gemacht haben. Die Slowenen haben sich für eine Reihe von unterschiedlichen Motiven entschieden. So ist auf der 2-Euro-Münze (siehe Abb. links) beispielsweise France Prešeren (1800-1849) zu sehen. Aus seinem Gedicht "Zdravljica" stammt der Text der slowenischen Nationalhymne.

Sollten Sie also zu den Sammlern der Euro-Münzen aus anderen Ländern gehören, lohnt es sich, ab jetzt wieder einen Blick auf die Münzen in Ihrer Geldbörse zu werfen. Bleibt uns nur noch zu sagen: Willkommen Slowenien in der Eurozone!

Grenzüberschreitende Forderungen bis 2000€:

Ein einfaches, schnelles und effizientes Verfahren für Europas Bürger

Kurz vor Weihnachten wurde im Plenum des Europäischen Parlaments in Strassburg mein Bericht über einen Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung eines "europäischen Verfahrens für Streitigkeiten mit geringem Streitwert" abgestimmt. Der Abstimmung im Plenum war ein fast 2-jähriges Verfahren mit regelmäßigen Verhandlungen mit dem Ministerrat und der Kommission sowie Gesprächen mit Abgeordneten anderer Parteien voraus gegangen.

Mit dem Vorschlag sollen grenzüberschreitende Gerichtsstreitigkeiten mit einem Streitwert bis 2.000€ vereinfacht, beschleunigt, und die Kosten verringert werden. Eine in einem solchen Verfahren ergangene Entscheidung soll in jedem anderen Mitgliedstaat anerkannt und vollstreckt werden, ohne dass es einer Vollstreckbarkeitserklärung bedarf und ohne dass die Anerkennung angefochten werden darf. Das Verfahren steht dabei den Parteien als eine Alternative zu den in den Mitgliedstaaten bestehenden innerstaatlichen Verfahren zur Verfügung, die von dem europäischen Verfahren unberührt bleiben.

Das Verfahren kann für kleine und mittelständische Unternehmen sowie den einfachen Bürger von immenser Bedeutung sein, denn die denkbaren Sachverhalte sind sehr vielfältig. Sie reichen von Unfällen im Verlauf einer Urlaubsreise, Verkehrsunfällen im Ausland sowie Problemen mit grenzüberschreitenden Dienstleistungen bis zum (Internet-) Kauf von Waren, die sich im Nachhinein als mangelhaft erweisen, nicht geliefert oder bezahlt werden. Bislang sind solche Verfahren meistens mit hohen Kosten und langer Dauer verbunden. Bei grenzüberschreitenden Fällen muss man oftmals im Ausland klagen. Unter Umständen sind zwei Rechtsanwälte zu bezahlen. Des Weiteren entstehen hohe Übersetzungskosten. Dies zieht die Verfahren in die Länge. Zudem stehen oft Kosten, Dauer sowie Komplexität solcher Verfahren in keinem Verhältnis mehr zur wirtschaftlichen Bedeutung des Streitgegenstandes, so dass viele Bürger bzw. Unternehmer auf Ihre Ansprüche verzichten.

Das wird in Zukunft anders sein. Das europäische Verfahren für geringfügige Forderungen wird Bürgern und Unternehmen überall in Europa ein zügiges Zivilverfahren mit anschließender Vollstreckung zur Verfügung stellen, das in allen Mitgliedstaaten einheitlich ist.





Alles Gute: Niedersachsen. Ausstellungseröffnung zum 60sten Geburtstag des Landes in der niedersächsischen Vertretung in Brüssel.
v.l.n.r.: Julia Lindemann (RAin/Parl. Assistentin von Prof. Dr. Mayer), Ministerpräsident Christian Wulff, Anne Plöger (Parl. Assistentin von Prof. Dr. Mayer), Prof. Dr. Hans-Peter Mayer MdEP

TöGEthé®
SINCE 1957

Together since 1957 (dt.: gemeinsam seit 1957): mit diesem Slogan feiert die EU in diesem Jahr das **50-jährige Bestehen der Römischen Verträge vom 25.3.1957**. Sie begründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG und die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM, zwei entscheidende Elemente der Europäischen Gemeinschaften.

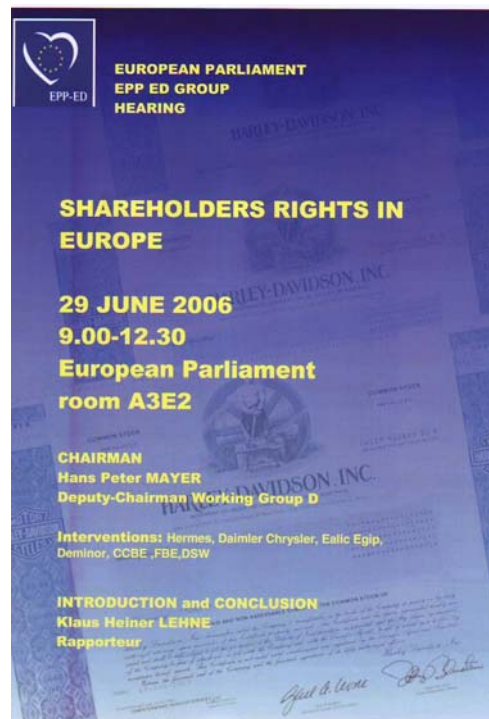
Das Logo stammt von dem polnischen Design-Studenten Szymon Skrzypcyak, der 2006 seinen Entwurf als einer von 1701 Kunst- und Designstudenten aus den EU-Mitgliedsstaaten eingereicht hatte.

GEInnS@m
SEIT 1957

Bitte beachte Sie unsere **neue Email-Adresse für unser Büro in Brüssel**: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu.



Prof. Dr. Mayer unterstützt die Kampagne "get caught reading" (dt. "Werde vom Lesen gefangen") der Europäischen Kommission.



Anhörung zum Thema Aktionärsrichtlinie in der Arbeitsgruppe D unter Vorsitz von Prof. Dr. Mayer am 29.06.2006 in Brüssel.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/92 29 29, Fax: 044 41/92 29 30, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

